

# Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten!

ERINNERUNGSORTE IN ZEITEN  
DES MEMORY-DRAINS UND DER ENTPOLITISIERUNG

*Harald Schmid*

»(...) manchmal kostet es mehr Anstrengung, dem Neuen, das im Verborgenen wächst, auf die Spur zu kommen, als die Katastrophen, die selbst Blinde sehen, zu beschreiben.«  
*Karl Schlögel*

In genereller Hinsicht ist die Diskussion um Erinnerungskulturen und Gedenkstätten eine Art Dauerbrenner der öffentlichen Wahrnehmung von Geschichte, genauer der Geschichte des Nationalsozialismus und dessen Verbrechen. In dieser Perspektive sind Gedenkstätten gleichsam ein Indikator für den Stand der Dinge in der Auseinandersetzung mit der Hitler-Zeit und deren Repräsentation – an keinem anderen Ort in dieser Gesellschaft hat sich die Wandlung vom einst nach Kriegen und Verheerungen üblichen Vergessensimperativ zum selbstreflexiven Erinnerungsprojekt so sichtbar und dauerhaft kristallisiert.

Der Berliner Historiker Wolfgang Benz hat einmal gesagt, die deutschen Gedenkstätten zur Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus seien für die Politik hierzulande »ungeliebte Kinder«. Das war Mitte der 1990er-Jahre. Inzwischen hat sich der Gegenwind zum Rückenwind gedreht, sind doch die historischen, mithin authentischen Stätten – um im Bild zu bleiben – Liebling geworden: für die Öffentlichkeit, für die Politik ebenso wie für die Wissenschaft. Die nun umworbenen und geförderten Gedenkstätten und Erinnerungsorte stehen im Zentrum dessen, was seit einiger Zeit als Erinnerungskultur bezeichnet wird. Es geht in diesem Feld um Fragen der individuellen und kollektiven Selbstverständigung im Medium der Geschichte, um die Gegenwartsbedeutung derselben und auch um manifeste Interessen der beteiligten Akteure im Umgang mit dieser Geschichte.

Gedenkstätten verändern sich – die Arbeit an den historischen Orten ebenso wie deren gesellschaftliche Funktion. Auch der öffentliche Blick auf diese Einrichtungen unterliegt einem Wandel. Dadurch werden die Relationen zur Gesellschaft neu bestimmt. In einer vielfach im Umbruch befindlichen, mitunter – wie in der jüngsten Überdrußrhetorik – scharf kritisierten Erinnerungskultur stellt sich heute auch die Frage, ob die Gedenkstättenarbeit einer Neuorientierung bedarf. Ist das Selbstverständnis noch auf der Höhe der Zeit? Oder gar: Wozu und wie lange brauchen wir diese Bildungseinrichtungen noch?

## **In der Mitte der Gesellschaft angekommen**

Die Gründergeneration der (westdeutschen) Gedenkstätten war durch ein starkes politisch-moralisches Engagement geprägt. Im Mittelpunkt desselben stand einerseits die Aufklärung über die NS-Terrorherrschaft und, eng verknüpft damit, der Versuch, den Opfern des »Dritten Reiches« wenigstens durch diese Arbeit historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Auf der anderen Seite bildete die Auseinandersetzung mit einer in dieser Hinsicht oft widerwilligen Gesellschaft ein wesentliches Movens, ja war eine prominente Quelle dieser Mentalität: Die lange vorherrschende ablehnende Haltung

gegenüber diesen historischen Orten war Provokation und Motor der »Gedenkstätten-Bewegung« zugleich. Hier lag die spezifisch kritische Funktion, die die Gedenkstätten lange Zeit innehatten.

Die zeitgeschichtliche Pointe sieht man heute deutlicher: Diese kritische Funktion war unmittelbar mit der Ablehnung respektive demonstrativen Distanz des Gros der politischen Elite gegenüber den Gedenkstätten und in großen Teilen der Bevölkerung verknüpft. Doch mit dem Übergang zu einer grosso modo konsensualen Erinnerungskultur, in der die wichtigsten Akteure diese Aufklärungs- und Bildungsorte nicht mehr an den Rand drängen, sondern sie als materiales Zentrum der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit begreifen und fördern, hat sich die kritische Funktion der Gedenkstätten zur aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung weitgehend aufgelöst: Wo Erinnerung und Auseinandersetzung keine prinzipiellen gesellschaftlichen Widersprüche mehr finden, sondern vielfach gefördert, unterstützt und praktiziert werden, symbolisieren Gedenkstätten nicht mehr den Widerhaken im Fleisch der Verdrängung, sondern Orte primär affirmativer und legitimatorischer Funktion. Gleichsam in der Mitte der Gesellschaft anzukommen, war stets ein Ziel der Gedenkstättenarbeit; nun, da dies im Wesentlichen erreicht ist, stellt sich die Frage nach der Zukunft dieser Einrichtungen verstärkt.

Die großen Gedenkstätten sind gesellschaftlich etabliert und institutionell abgesichert. Grundlage dieser späten Erfolgsgeschichte ist eine breite politische und öffentliche Anerkennung, die sich im Kern auf einen weitreichenden Elitenkonsens stützt, der diese Einrichtungen als unverzichtbaren Teil der hiesigen Kultur(politik) versteht – und sie ihrer früheren kritischen Funktion beraubt. Anders sieht die Lage für die mittelgroßen und kleineren Einrichtungen aus: Während es einem Teil gelang, durch die Projektförderung des Bundes mit der entsprechenden Koförderung aus dem Sitz-Bundesland einen Dauerbetrieb aufzunehmen, sind viele andere in einem nach wie vor ehrenamtlichen, oft nur mangelhaft geförderten und damit fragilen Status begriffen.

Für nahezu alle Gedenkstätten gilt dabei, wengleich in unterschiedlichem Ausmaß: Mit der seit den neunziger Jahren schrittweise aufgebauten finanziellen Förderung ist der Legitimations- und Professionalisierungsdruck für alle Akteure spürbar gestiegen. Auf Motivations- und Handlungsimpulse bezogen hat dies zur Folge, dass weniger die vormalige staats- und gesellschaftskritische Politisierung der Gedenkorte am Ende der Handlungskette steht, sondern die staatsnahe Effizienz der Vermittlungsarbeit im Sinne der Geldgeber. Ein geschichtspolitischer und erinnerungskultureller *Circulus vitiosus*, aus dem es kaum ein Entrinnen zu geben scheint, wird er doch nicht nur von den Geldströmen, sondern auch vom Generationenwechsel befördert.

Die Vermittlung der NS-Geschichte hat infolge des finanziellen und politischen Förderungsschubs der letzten beiden Jahrzehnte sowohl qualitativ wie quantitativ einen Sprung absolviert: hinsichtlich der Zahl von Gedenkstätten und Erinnerungs-orten ebenso wie der Bildungsarbeit. Die historische Realität des Nationalsozialismus wird dadurch an diesen Orten heute vielfältig thematisiert. Dabei haben sich in der Bildungsarbeit eine Reihe von Akzentuierungen und Verschiebungen ergeben: ein starker Bedeutungszuwachs der »zweiten Geschichte« der nationalsozialistischen Diktatur, eine zumindest an den großen Einrichtungen bestimmende Internationalisierung der Arbeit, zudem eine Annäherung an Fragestellungen der Gegenwart.

Zu konstatieren ist auch eine Erweiterung des Selbstverständnisses: von der bloßen Konzentration auf KZ-Gedenkstätten hin zu einem breiteren Verständnis von Erinnerungsorten des Nationalsozialismus. Diese Verschiebung bildet das inzwischen weit differenziertere Geschichtsbild nicht nur der Wissenschaft, sondern auch in Politik und Öffentlichkeit ab, in dem sowohl die verschiedenen Opfergruppen und Verbrechenorte als auch die Tätergeschichte des Nationalsozialismus ihren Platz gefunden haben.

Die tragende Mentalität der Gedenkstättenarbeit hat sich erkennbar verbreitert. Sie hat sich von der leidenschaftlichen und politisierten Ehrenamtlichkeit um die abgeklärt-nüchternere Professionalität respektive Hauptamtlichkeit erweitert. Dies ist auch ein Ergebnis des Generationenwechsels, der in- und außerhalb der Gedenkstätten in vollem Gange ist. Er berührt zum einen die Frage des Personals innerhalb der Einrichtungen, zum anderen die manische Jugendfixiertheit des Erinnerungsdiskurses besonders in der Politik.

### **Alte Pfade, neue Pfade**

Die großen übergreifenden erinnerungskulturellen Strukturveränderungen wie das »Verstummen der Zeitzeugen« und der inzwischen 70 Jahre und mehrere Generationen umfassende Zeitabstand zum Ende des Nationalsozialismus laufen auf einen gemeinsamen Wirkungspunkt zu: dass diese Geschichte einer rassistischen Diktatur, ihrer Bedingungen, Opfer und Täter lebensweltlich immer vermittelter, dadurch für die Gegenwart vermutlich immer folgenloser wird. Dieser soziokulturelle Memory-Drain – primäre Erinnerung der Erfahrungsgenerationen wandelt sich zum kulturellen Gedächtnis der Nachgeborenen – markiert den Rahmen aller künftigen Überlegungen: Die für die Bildungsarbeit noch zur Verfügung stehenden, gebrechlichen Überlebenden werden immer weniger; dadurch sind die nachfolgenden Generationen sozusagen zunehmend alleine mit dieser Geschichte. Das heißt: Die familienbiografische Erinnerung ist größtenteils längst brüchig, primäre eigene Erinnerung an den Nationalsozialismus kaum mehr existent in den Familien – die Töchter und Söhne der Erlebnisgeneration von 1933 bis 1945 sind mittlerweile selbst längst Großmütter und -väter. Nachkommende Generationen wachsen so in eine relativ entpolitisierte, nachhaltig von Migration geprägte Gesellschaft hinein, die freilich den Nationalsozialismus und die Erinnerung daran anhaltend stark moralisiert. Verstärkt werden solche strukturellen Umbrüche insbesondere durch die Medialisierung der Erinnerungskultur, die den Nationalsozialismus oft in einer höchst ambivalenten, gleichwohl quotenträchtigen Doku-Fiction-Mischung darbringt.

Vor diesem Hintergrund, so die hier vertretene These, wird sich die Gedenkstättenarbeit in den kommenden Jahren verstärkt einer Neudefinition ihres Verhältnisses zur gesellschaftlichen Gegenwart und damit auch zur NS-Geschichte stellen müssen. Zentraler Aspekt ist dabei die Frage, in welchem Verhältnis die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus zu den Staatsverbrechen, Kriegen und Konflikten der Gegenwart steht: historisch, geschichtspolitisch und erinnerungskulturell. Soll, und wenn ja wie, diese Gegenwart konzeptionell und aktiv in die Gedenkstättenarbeit integriert werden? Oder genügt es, eher passiv auf die Impulse aus der gesellschaftlichen Gegenwart, die durch die Besucherinnen und Besucher in die Gedenkstätten kommen, zu reagieren? Pointiert gefragt: Erhöht ein Schweigen zu aktuellen Großverbrechen die Glaubwürdigkeit der Gedenkstätten? Genügt der Bezug auf die braune Diktatur und ihre Verbrechen in

Zeiten allgemeiner Entpolitisierung und des fehlenden direkten familienbiografischen »Kontakts« zur NS-Zeit noch, um die Bedeutung dieser Epoche deutscher Geschichte für das Deutschland von heute evident werden zu lassen?

Wenn sich gesellschaftliche Grundlagen ebenso wie die Prozesse, Akteure und Ressourcen der Gedenkstättenarbeit und -politik verändert haben, ist es auch an der Zeit, Ziele und Strategien zu überdenken. Tragen alte Gewissheiten und damit auch alte Pfade der Gedenkstättenarbeit noch? Worin könnte eine aktualisierte Grundlage bestehen, wie könnten neue Pfade aussehen? Dabei geht es nicht um ein Generalrevidement, sondern um eine nüchterne, auch selbstkritische Bilanz: Wozu brauchen wir Gedenkstätten und Erinnerungsorte nach über 65 Jahren ebenso erfolg- wie konfliktreicher Demokratisierung – noch oder wieder? Als postdemokratische Instrumente zur Förderung der Akzeptanz und Verteidigungsbereitschaft der universellen Menschenrechte? Gibt es auch gleichsam selbstlegitimierende Mythen dieser Orte?

Das »historische Standbein« der Stätten wird stets das wichtigste bleiben. Aber wie können sie angesichts der oben angedeuteten erinnerungskulturellen Umbrüche fortgesetztes gesellschaftliches Interesse wecken und ihre zentrale Bedeutung für den historisch-politischen Diskurs erneuern? Um den gesellschaftlichen Ort der Gedenkstätten neu zu bestimmen, sei hier für das prozessuale Credo »Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten!« geworben: Mit diesem »aktuellen Spielbein« könnte der Spagat zwischen immer größerer generationeller und gesellschaftlicher Distanz zur Vergangenheit einerseits und gegenwärtig brennenden Fragen von Staatskriminalität, Massenmord, Aufarbeitung und historischer Gerechtigkeit andererseits gelingen.

### **Ge-Denkstätten als Laboratorien historisch-politischer Orientierung**

In diesen Stätten geht es primär um Geschichte. Um eine Geschichte, die nicht nur für Deutschland eine symbolische Bedeutung hat: Hitler, »Machtergreifung«, »Reichskristallnacht«, Auschwitz/Holocaust sind längst zu global verständlichen Chiffren für ein charakteristisch modernes Großverbrechen geworden. Bezüge, Analogien und Vergleiche zu anderen, auch aktuellen Ereignissen makrokrimineller Art werden immer wieder hergestellt – anders können wir uns im historisch-politischen Raum gar nicht orientieren, anders können wir uns der Unterschiede nicht bewusst werden. Dies wirft auch für Gedenkstätten die Frage auf: Geht es in ihnen auch um Gegenwart, um die heutige Gesellschaft hierzulande und in anderen Weltregionen, ihre Bedrohungen und Konflikte? In welchem Verhältnis stehen Gedenkstätten zu den großen Verbrechen und Gewalteskalationen unserer Zeit – spielen diese eine tragende Rolle für Selbstverständnis und Bildungsarbeit?

Gewiss, eine Gedenkstätte zum Nationalsozialismus ist zuvorderst ein zeitgeschichtliches Museum mit angeschlossener Bildungsarbeit am historischen Ort. Die Hauptgrundlage des Ansehens und der Glaubwürdigkeit von Gedenkstätten ist dabei ihre aufklärerisch-dokumentarische Funktion in Verbindung mit der Anwaltschaft für die Opfer des NS-Regimes und eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Epoche. In diesem Selbstverständnis, das auch ein Programm legitimen Handelns enthält, ist eine allzu direkte politische Thematisierung von Gegenwart nicht vorgesehen.

Das Dilemma lässt sich so beschreiben: Sobald sich Gedenkstätten aktiv in geschichtspolitische Debatten einmischen und so die politisch zurückhaltende museal-wissenschaftliche und pädagogische Grundhaltung mit nur indirekt-moderater Gegen-

wartsthematisierung aufweichen, werden sie sich neuartigen Konflikten ausgesetzt sehen, die ihre staatsnahe Geschäftsgrundlage berühren. Zwei seien hier nur angedeutet: Zum einen könnte damit der erreichte, relativ große Konsens über die gesellschaftliche Bedeutung der Einrichtungen gefährdet sein; zum anderen könnten Auseinandersetzungen mit Geldgebern und Unterstützern – Bund, Länder, Kommunen, Kirchen, Vereine, Stiftungen, Beiräte – auf die Agenda gelangen, die sich durch politische Artikulationen im Rahmen der Gedenkstättenarbeit mit kontroversen Positionen konfrontiert sähen, die das Einvernehmen beträchtlich störten. Hier liegen bemerkenswerte Parallelen zur Staat-Kirchen-Problematik – die Nähe zum und Abhängigkeit vom Staat führt zur Abschwächung ethisch-moralischer Handlungsimpulse. Auch die Gedenkstätten sind in dieser »Falle«, die faktisch auf ein Schrumpfen ihrer Autonomie hinausläuft. Diese Autonomie zu stärken, nicht nur durch wohlfeile Appelle, sondern durch Mut zu eigenem Handeln auch auf ungewohnten Pfaden, kann ein Weg aus der skizzierten Lage darstellen.

Es geht um nichts weniger als um eine vordergründige (Re-)Politisierung der Gedenkstätten, vielmehr um ihre zeitgemäße Aufwertung als gesellschaftliche Akteure: zur Wahrnehmung ihrer Interessen, zur autonomen Gestaltung ihrer Bildungsarbeit aus der Perspektive der historisch beleuchteten Gegenwart. In diesem Sinne sollten sich Ge-Denkstätten als Laboratorien geschichtlich fundierter, gegenwartsbezogener Bildungsarbeit begreifen. Das kann vieles bedeuten und soll hier nicht kurzschlüssig ausbuchstabiert werden, bedarf vielmehr einer intensiven Debatte. Im Mittelpunkt einer solchen Neuorientierung aber sollte stehen: Gedenkstätten brauchen – metaphorisch gesprochen – einen Anbau, in dem die Auseinandersetzung mit der traumatischen Geschichte der Hitler-Diktatur eine Fortsetzung findet in der Auseinandersetzung mit der Gegenwart.

Lernen aus der Geschichte, historisches Lernen, reflektiertes Geschichtsbewusstsein – so lauten die zentralen didaktischen Stichwörter. Sie zeugen auch davon, dass die Geschichtswissenschaft bislang diese Diskussionen fachlich und politisch geprägt hat. Vor allem aber verweisen sie darauf, dass die gesellschaftliche Gegenwart das Ziel der Auseinandersetzung darstellt – das ist der Gegenpol zur Musealisierung! Die in den heutigen Gedenkstätten meistens mit großem Aufwand betriebene Historisierung des Nationalsozialismus bedarf vielfältiger Brückenschläge zur Gegenwart. Dies könnte auch der verbreiteten Überschätzung der historischen Stätten als Orte gewissermaßen eines Gegenzaubers zur scheinbar permanent drohenden Vergessensgefahr entgegenwirken.

Sich weit stärker als bisher zur Gegenwart und ihren mitunter Angst einflößenden Herausforderungen zu öffnen, löst unweigerlich Vorbehalte und Abwehr aus: Dürfen die Verbrechen des Nationalsozialismus so einfach mit heutigen Verbrechen verglichen oder gar in einem Atemzug genannt werden? Ja, sie müssen! Wie sonst können wir diese Geschichte in einen Bezug zum Heute setzen? Ohne Vergleich, keine Erkenntnis! Was – in einem politisierten Fehlverständnis wissenschaftlicher Methodologie und als Ausdruck des historisch gut begründeten Singularitätstheorems – zum informellen Vergleichsverbot mutiert ist, hat pädagogisch nicht zur Öffnung der Diskurse, sondern eher zur Ideologisierung – und damit zur Erkenntnis-scheue geführt. Wohlgermerkt, geschichtspolitisch aus meist guten Gründen, da es im gesellschaftlichen Diskurs ja immer auch um Deutungshoheiten und damit um politisch-normative Hierarchien geht – wer dies in Abrede stellen wollte, wäre naiv.

Die plakative Parole »Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten!« zielt auf die eng miteinander verwobene, gleichsam doppelseitige Auseinandersetzung: historische Aufklärung und aktuelle Herausforderungen programmatisch und damit stärker als bisher miteinander »ins Gespräch« zu bringen. Der viel gescholtene Martin Walser meinte kürzlich: »Wir können nichts mehr gutmachen. Nur versuchen, weniger falsch zu machen.« Ein unpathetisches, gleichwohl anspruchsvolles Ziel.

**Dr. Harald Schmid**, Politikwissenschaftler und Historiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. Er ist Vorstandsmitglied im Arbeitskreis »Politik und Geschichte« der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft sowie Mitherausgeber von »Jahrbuch für Politik und Geschichte«.